

Titel der Drucksache:
Fortschreibung Kriminalitätsatlas

Drucksache **1007/21**
Stadtrat Entscheidungsvorlage
 öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt	08.07.2021	nicht öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	21.07.2021	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

01

Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Kriminalitätsatlas. Diese ist dem zuständigen Ausschuss im 1. Quartal 2022 vorzulegen.

02

Die Kategorien „Entwicklung rechter Gewalt“ und „Häusliche Gewalt“ sind neu aufzunehmen.

03

Im Rahmen der Datenerhebung sind die sog. „Angsträume“ in der Stadt Erfurt zu erfassen. Hierfür sind ämterübergreifende Maßnahmen zu entwickeln.

14.06.2021, gez. i. A. 

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2021	2022	2023	2024
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Begriffskonkretisierung:

Im Zusammenhang mit rechter Gewalt sind Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu erfassen, darunter insbesondere antisemitische Straftaten, Verletzungen gegen das körperliche Selbstbestimmungsrecht / Queerfeindliche Übergriffe, etc.

Unter Angsträumen sind vorrangig städtebauliche Missstände hinsichtlich unzureichender Ausleuchtung, dunkel Ecken, fehlender Einsehbarkeit von Garagen, Hauseingängen und -einfahren oder Durchgänge zu verstehen. Ferner Orte, welche ein subjektives Unsicherheitsgefühl auslösen, welche durch Maßnahmen sozialer Kontrolle, Sozialarbeit oder städtebaulichen Maßnahmen erfasst werden können.

Begründung:

Erfurt ist als Kommune zuständig dafür, öffentliche Sicherheit, Ordnung und Gefahrenabwehr im Gemeindegebiet aufrechtzuerhalten. Diese Aufgabe erfüllt die Stadt in enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei. In diesem Rahmen steht es in städtischer Verantwortung, die Kriminalprävention zu organisieren und an die bestehenden Herausforderungen und

Entwicklungen anzupassen.

In Erfüllung dieser Aufgabe steht der Kriminalpräventive Rat (KPR) der Landeshauptstadt fachlich beiseite. Als Handlungsgrundlage für Ordnungsbehörden, KPR, Polizei und ferner Stadtentwicklung und Sozialamt steht der Kriminalatlas für Planung von Kriminalprävention und sozialorientierte Stadtentwicklung zur Verfügung. Dieser wurde in Erfurt zuletzt im Jahr 2006 erstellt. Vor diesem Hintergrund gilt es, dass nach 15 Jahren die Fortschreibung in Gang gesetzt wird. Sicherheitspolitik braucht fundierte Erkenntnis, um die relevanten Entwicklungen zu erkennen und adäquate Maßnahmen treffen zu können.

Mit der Fortschreibung sollen, anknüpfend an der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik für 2020, die wesentlichen Kennzahlen der erfassten Straftaten, die Entwicklungstendenzen, Jugendkriminalität und die Sozialstruktur dargestellt werden. Zudem sollen Bedarfsentwicklung, Handlungsansätze und konkrete Projekte entwickelt werden. Anknüpfend an der 2006 initiierten Projektgruppe Häusliche Gewalt soll in der Fortschreibung die Entwicklung im Bereich Häuslichen Gewalt untersucht werden und Maßnahmen zum Gewaltschutz und zu Sensibilisierung mit allen Beteiligten, darunter das Frauenhaus und das Frauenzentrum, entwickelt und implementiert werden. Außerdem werden die Erfurter Angsträume erfasst, damit stadtplanerische, sozialräumliche oder ordnungspolitische Maßnahmen konzipiert werden können.

Bis vor kurzem war die Erfurter Neonaziszene mit einer Immobilie am Herrenberg vertreten. Im räumlichen Zusammenhang mit dieser Immobilie standen auch Übergriffe auf geflüchtete Menschen, das Stadtteilzentrum Herrenberg sowie deren Mitarbeitenden oder an der örtlichen Gemeinschaftsschule. Personen aus dem Umfeld dieser Immobilie wird auch der Angriff auf das AJZ im Erfurter Norden zugerechnet. Zudem ereigneten sich verschiedene bekannte Übergriffe alleine in den letzten Monaten, bspw. in einer Erfurter Straßenbahn oder bei einem organisierten Überfall vor der Staatskanzlei.

Durch die Präsenz dieser Strukturen entsteht eine gewisse Drohkulisse, insbesondere für queere und geflüchtete Personen, aber auch für sozial aktive Mitbürger*innen und Mitarbeitende von Jugend- und Stadtteilzentren und für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Entsprechend ist es wichtig, die Entwicklungen der Szene im Rahmen des Kriminalatlas genau zu betrachten, um dieses als wirkungsvolles Instrument zu Planung von Präventionsmaßnahmen, sozialen Angeboten, Demokratieprojekten und Stadtentwicklung zur Hand zu haben.